

Vorlage Nr. 101.16.1925

Schülerbeförderung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel sieht in der derzeitigen Situation, dass sich Oberstufen- und Berufsschüler aus finanzschwachen Familien zum Teil die Schülerbeförderungskosten nicht leisten können, einen nicht hinnehmbaren Zustand.

Der Magistrat wird gebeten, über den Städtetag in Verhandlungen mit dem Land Hessen zu treten, um im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Begründung:

Der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Wolfgang Decker, MdL

Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne